

Saat der Gewalt?

Integrations- und
Erziehungsprobleme in
Parallelgesellschaften

Regina Mönch

Veranstaltung vom 23. April 2008



Akademiegespräche
im Landtag

Akademie für
Politische Bildung
Tutzing



Saat der Gewalt?

**Integrations- und
Erziehungsprobleme
in Parallelgesellschaften**

Impressum

Tutzing/München 2008

Herausgeber:

Bayerischer Landtag

Abteilung Parlamentarische Dienste

Maximilianeum, 81627 München

www.bayern.landtag.de

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1, 82327 Tutzing

www.apb-tutzing.de

Begrüßung

Alois Glück

Präsident des Bayerischen Landtags

Einführung

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing/Universität Passau

Vortrag

Saat der Gewalt?

Integrations- und Erziehungsprobleme

in Parallelgesellschaften

Regina Mönch

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Auszüge aus der Diskussion

Alois Glück

Präsident des Bayerischen Landtags

Begrüßung

Ich begrüße Sie alle herzlich hier im Plenarsaal des Bayerischen Landtags. Da der Senatssaal gegenwärtig noch umgebaut wird – dort finden solche Veranstaltungen normalerweise statt –, haben Sie heute das Privileg, gewissermaßen „Abgeordnete“ zu sein und jedenfalls im Plenarsaal des Landtags Platz zu nehmen. Seien Sie bitte herzlich willkommen zum 32. Akademiegespräch, eine gemeinsame Veranstaltung mit der Politischen Akademie Tutzing, die, wie man schon aus der Anzahl ersehen kann, eine gute und lange Tradition hat. Ich begrüße dazu in besonderer Weise Herrn Professor Heinrich Oberreuter, den Leiter der Akademie, der auch die Themen setzt und die Referentinnen und Referenten auswählt. Daraus ergeben sich immer, denke ich, sehr fruchtbare Abende. Mein besonderer Gruß gilt der Referentin des heutigen Abends, Frau Regina Mönch, Publizistin, Redakteurin bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Seien Sie uns herzlich willkommen, Frau Mönch, hier im Bayerischen Landtag!

Meine Damen und Herren, das Thema „Gewalt“ hat uns vor einigen Jahrzehnten auch in Deutschland sehr stark beschäftigt, wobei Gewalt häufig verharmlost wurde. Zum Beispiel galt Gewalt gegen Sachen als eine

fast legitimierte Form der politischen Auseinandersetzung – mit der in solchen Situationen typischen Eigendynamik.

Heute geht es um einen anderen Aspekt. „Saat der Gewalt?“ heißt das Thema, und gemeint ist: Inwieweit haben Zuwanderer aus einem bestimmten Milieu, Zuwanderer mit bestimmten Wertvorstellungen, eine kulturelle und erzieherische Prägung, die gegen Integration steht und die in ihrer Eigenart eher zu solchen Verhaltensmustern führt? Im Konkreten geht es hier in besonderer Weise um das Milieu oder die Prägungen im orthodoxen Islam.

Es gibt andere Gruppen, die zwar in ihrer Weise, aber vor einem anderen Hintergrund, oft ähnlich Muster zeigen. In meiner Heimatgemeinde bzw. der Stadt, zu der wir gehören, leben seit Jahrzehnten sehr viele Aussiedler. In den letzten zehn Jahren sind es viele Russlanddeutsche. Dort haben wir zum Beispiel im Bereich der jungen Männer ein Milieu, das auch ähnliche Verhaltensmuster zeigt: Männlichkeitsideale, die Bedeutung autoritärer Erziehungsmethoden und ähnliche Dinge mehr.

Das Thema Islam hat uns in den Veranstaltungsreihen des Landtags schon wiederholt zusammengeführt. Vor nicht allzu langer Zeit hat auch

hier in dem Plenarsaal, Herr Wolfgang Günter Lerch von der FAZ eine eindrucksvolle Einführung dazu gegeben, und wir haben dann mit anderen gemeinsam darüber diskutiert. Der Islam in unserem Land ist eine wichtige Aufgabe, eine wichtige Herausforderung. Der Bayerische Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung dem Gesamtthema Integration – es geht dabei nicht nur um die Integration von Zuwanderern – einen ganz großen Stellenwert gegeben. Innerhalb der deutschen Gesellschaft haben wir durchaus eine Entwicklung des Auseinanderdriftens. Es gehört zur Realität, dass wir auch in der deutschen Bevölkerung – in Kindergärten, in Schulen – zunehmend auch Kinder haben, die in ihrem Verhalten „sehr auffällig“ sind, um es mal so auszudrücken.

Die Integrationsproblematik oder -thematik und –aufgabe hat natürlich eine ganz eigene Dimension, wenn es um Menschen aus völlig anderen Kulturreihen und Prägungen geht.

Damit aber genug der Vorbemerkungen! Ich bitte nun Herrn Prof. Oberreuter, in das Thema einzuführen, und dann wird Frau Mönch zu uns sprechen. Anschließend gibt es wie immer Gelegenheit zur Diskussion. Vielen Dank!

**Prof. Dr. Dr. h.c.
Heinrich Oberreuter**
Direktor der Akademie für
Politische Bildung Tutzing
Universität Passau

Einführung

Herr Präsident, verehrte Frau Mönch, meine Damen und Herren! Ich freue mich immer, wenn der Landtagspräsident die beeindruckende Reihe der Akademiegespräche aufzählt, und bin dankbar für diese Kooperation, von der wir, aber ich glaube auch das Parlament, nicht unwesentlich profitieren.

Wir haben hier interessante, wichtige Veranstaltungen gehabt, inklusive des ehemaligen polnischen Präsidenten Lech Walesa. Was uns aber meistens gefehlt hat, sind Damen als Referentinnen. Wenn ich es recht im Kopf habe, ist Frau Mönch jetzt die vierte, die diese Ehre hat, nach Helga Hirsch, Sylvie Goulard und Margareta Mommsen. Frau Mommsen vermittelte uns sehr aktuell die innere russische Lage kurz vor den dortigen Wahlen. Wir haben nun eine neue Chance, mit einer Dame zu diskutieren. Auch dies ist einen besonderen Dank wert, dass Sie, verehrte Frau Mönch, sich in einer beruflich bedrängten Zeit haben überreden lassen, aus Berlin nach München zu kommen.

In der Presse vom 16.04. gibt es einen Bericht über eine Fachtagung zur Jugendgewalt in München. Darauf hat der ärztliche Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie eine dynamische Entwicklung aggres-

siven Verhaltens bei Jugendlichen festgestellt: Er meinte, es wäre sinnvoll, gefährdete Kinder möglichst früh in seine Hände zu bekommen. Und ich zitiere: „Am besten, wenn sie noch im Mutterleib sind“. Eine erstaunliche Bemerkung und eine erhellende vielleicht zugleich. Warum erhellend? Weil sie uns zeigt, dass man mit dem üblichen Repertoire von Wahlkämpfen und mit repressiven Maßnahmen, reagierenden Maßnahmen, Warnschüssen, Strafverschärfung und Ausweisung im Wesentlichen nur die Symptome bekämpft und nicht die Ursachen. Prävention scheint mir wichtiger zu sein als nachträgliches Reagieren. Anders als in Großbritannien, wo man eine spezifische Tradition und Diktion hat, reden wir hierzulande ja nicht so gerne deutlich über dieses Phänomen. Wir reden um präzisierende Bestimmungen und präzisierende gesellschaftliche Tatbestände herum. Es handelt sich um Oben und Unten in der Gesellschaft, oder präziser gesagt, es handelt sich auch um Oben und Unten in der Gesellschaft. Ich darf Christian Pfeiffer zitieren, den Kriminologen aus Göttingen, der die Jugendgewalt weniger als ein ethnisches als ein soziales, familiäres und bildungspolitisches Problem ansieht; er fügt – mit anderen Wor-

ten – hinzu: Es ist ein Unterschichtenproblem, das türkische und arabische Jugendliche mit deutschen teilen. Die Gewaltrate sei bei ähnlichen sozialen Situationen etwa vergleichbar. Hier trifft sich der Kriminologe mit dem Jugendpsychiater und seinem Drang zum frühen Zugriff. Aber auch der Psychiater dürfte das Milieu nicht korrigieren können, das doch erheblich über die Chancen entscheidet, die jemand in der Gesellschaft hat.

Es liegt aber auf der Hand, dass mit dem Hinweis auf Schicht und Milieu die besonderen Herausforderungen nicht obsolet werden, die vom Migrationshintergrund ausgehen. Insoweit dieser Hintergrund über Schicht und Milieu mitbestimmt – und das tut er ganz gewiss – bestimmt er natürlich auch mit über Integration und über Chancen. Was gerne übersehen wird, ist die hinzutretende, kulturelle Differenz. Diese Differenz ist es ja gerade, die die Parallelgesellschaft kennzeichnet. Ein anderes Familienbild, andere Einstellungen zu Disziplin und Hierarchie, anderer Erziehungsstil – wir würden gelegentlich von Kindesmisshandlung sprechen statt von Erziehungsstil. Und wer selbst Gewalt erfährt, der übt sie auch leichter selber aus. Da entwickelt sich etwas, sagt der Jugendpsychiater. Wie dem

begegnen, was sich da entwickelt? In der Schweiz – ein gewiss ruhiges Land mit weniger Problemen, als wir sie haben – sagt man: Man begegnet dem, was sich entwickelt, am besten durch Prävention, am allerbesten durch ein Zusammenspiel von Prävention, Konfliktbewältigung und Repression; ohne dass die Schweiz vor den gleichen Dimensionen steht wie wir, zumindest in den Brennpunkten. Dieser Zusammenhang, den ich in der Schweiz gefunden habe, ist nicht so eindimensional, wie mir die Diskussion hierzulande gelegentlich zu sein scheint. Ich verweise auf unseren Einladungstext, in dem es ja heißt: Opportunismus gegenüber dem, was sich zum Teil schon längst entwickelt hat, und eine „politische Instrumentalisierung“ dessen, was wir beobachten in der Gesellschaft, helfen nicht weiter.

Frau Mönch hat nüchterne Analysen publiziert, die nicht kalt lassen, weil sie die Realitäten zeigen, die von gesellschaftlicher Zukunftsbedeutung sind. Sie zeigt auch etwas, was heute in der Presse berichtet wird, nach einem Gespräch mit dem Chef des Münchener Jugendgerichts. Das passt hervorragend zu diesem Abend, ich will es zitieren: „Vieles wächst sich wieder aus“, sagt Hübel, das ist der Jurist, und meint jene Kinder und

Jugendliche, die einfach mal Mist bauen. Er zitiert weiter: „Tausende werden später zu guten Mitbürgern.“ Vergessen dürfe man auch nicht, dass unter den jugendlichen Gewalttätern selbst viele Opfer seien; Opfer von Gewalt oder eines Milieus, in dem Faustschläge die normalen Umgangsformen sind. So hält Hübel all jenen, die im Knast die einzige Lösung sehen, einen so alten wie richtigen Satz entgegen: „Eine gute Sozialpolitik ist eine gute Kriminalpolitik“. Und im Landtag ist jüngst festgestellt worden, die Sozialpolitik der Zukunft sei die Bildungspolitik.

Meine Damen und Herren, wir brauchen diese nüchternen Analysen, weil sie uns die Probleme zeigen, die für diese Gesellschaft bestimmt sein könnten, wenn man ihnen nicht rechtzeitig begegnet. Indem man den Vorhang des Verschweigens vor solche Probleme zieht, löst man sie nicht, sondern man lässt sie wachsen. Auch darauf hat Frau Mönch in ihren Analysen über den Umgang der Berliner Administration mit Jugendgewalt hinlänglich aufmerksam gemacht. Ich darf ihr jetzt das Wort zu einem sehr problemorientierten Abend erteilen. Sie freut sich auf die Diskussion nachher.

Schaut endlich hin!
„Saat der Gewalt?“ – Integrations- und Erziehungsprobleme in Parallelgesellschaften

Regina Mönch
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Vortrag

Ich möchte meinem Vortrag vorausschicken, dass ich mich auf das Problem konzentriere, das zwar kein Tabu mehr ist, aber immer noch verkannt wird in seiner Tragweite. Ich setze darum als bekannt voraus, dass es sehr vielen Zuwanderern gelungen ist, ihren Platz in dieser Gesellschaft zu finden, Karrieren zu machen und ihre Kinder zu wunderbaren Menschen zu erziehen. Mich interessieren die anderen, die früh Gescheiterten, die nicht glücklicher werden, hält man ihnen – und wir uns – vor, dass die Mehrheit es schließlich schafft.

„Schaut endlich hin!“ – die niederländische Journalistin Margalith Kleijwegt hat ihr jüngstes Buch, eine Reportage aus einem Amsterdamer Viertel, in dem überwiegend muslimische Zuwanderer leben, in der deutschen Übersetzung so genannt. In Holland ist es unter dem Titel „Die unsichtbaren Eltern“ erschienen. Kleijwegt hat an einer Schule und in den Familien einiger Schüler ein Jahr lang recherchiert, es ist das Viertel, in dem auch der Mörder Theo van Goghs aufwuchs, eine Parallelwelt zur freien Gesellschaft, die der Schriftsteller Gert Mak „den unzugänglichsten Erdteil“ der modernen europäischen Stadt nennt. Kleijwegt beschreibt, was es auch in jeder

größeren deutschen Stadt gibt: überforderte, an Bildung wenig interessierte Eltern, weggesperrte sprachlose und machtlose Mütter; Jungen, die wochenlang nicht in der Schule erscheinen, genauso wie ihre Eltern, trotz zahlreicher Aufforderungen. Und sie beschreibt die grassierende Verachtung für die anderen, die „Christenhunde“, und die überbordende Gewalt.

Ich habe diesen Titel selbst schon verwendet, für ähnliche Beiträge, die in Zeitungen erschienen, oder bei Podiumsdiskussionen, immer zum gleichen Thema: wie Gewalt entsteht, wie sie sich ausbreitet und verfestigt, und wie sie schließlich weitergereicht wird an die nächste Generation. Von den frühen neunziger Jahren an versuchte ich darauf hinzuweisen, dass sich in bestimmten Vierteln, in einem bestimmten Migrantenmilieu etwas zu entwickeln beginnt, dass wir nicht mehr nur einfach mit dem Verweis auf soziale Verwerfungen oder Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft erklären und häufig reflexhaft entschuldigen dürfen, weil Migranten Benachteiligte, Opfer zu sein haben – eine Sicht, an der sich leider bis zum heutigen Tag im Großen und Ganzen wenig geändert hat.

Ich traf auch damals schon in vielen Schulen auf Lehrer, die mir zwar

andeuteten, dass sich seit Jahren ein negativer Trend bemerkbar mache, der sie an die Grenzen ihrer pädagogischen Fähigkeiten bringt. Ich rede hier von guten, leidenschaftlichen Pädagogen, die eine Arbeit machen, die ich nicht eine Woche aushalten würde und denen wir zu verdanken haben, dass wir keine französischen Verhältnisse haben. Die Bedingungen wären alle vorhanden...

Immer schwerer, so berichten Lehrer es seit Jahren, kämen sie an türkische und arabische Eltern heran, deren Kinder, vor allem die Söhne, auffielen durch Schulschwänzen, verbale Gewalt und tätliche Auseinandersetzungen, mit Beleidigungen, die vor allem Lehrerinnen treffen sollten, weil sie emanzipierte Frauen offenbar nicht akzeptieren konnten, und deren Sprachnot schon damals so umfassend war, dass eigentlich jeder, der Verantwortung trug, hätte Alarm schlagen müssen. Doch weit gefehlt. Wer Alarm schlug, geriet unter Verdacht, stand am Pranger, also schwiegen die meisten. Wer daran erinnerte, dass die Verantwortung für das Gedeihen der eigenen Kinder zuallererst bei den Eltern liegt, wurde belehrt, hier handle es sich um Gruppen, die schlicht und einfach überfordert seien. Warum das so sein sollte, gehörte bereits zu den Tabuzonen, in

die sich auch Lehrer kaum hineinwagten. Sie machten halt weiter, so gut sie konnten, und wenn sie es nicht gut konnten, fragte lange auch niemand nach.

Das hat sich spätestens seit der Veröffentlichung von Schulleistungsstudien wie Pisa etwas geändert, in vielen Städten werden inzwischen Sprachtests durchgeführt, um überhaupt herauszufinden, welche Defizite ausgeglichen werden müssen.

Migrantenschulen bieten mehr Förderstunden an als je zuvor, doch eine deutliche Verbesserung will sich trotzdem nicht einstellen. Denn es ist nicht allein die Sprachnot, die Barrieren schafft, es sind die kulturellen Differenzen, die zunehmende Verachtung der deutschen, damit eigentlich europäisch frei und individuell verfassten Gesellschaft, die vor allem viele muslimische Jugendliche von Kindheit an eingebreut kriegen. Sie pendeln Tag für Tag zwischen diesen Welten, der traditionell ausgerichteten ihrer Familien und den liberalen Schulen, ein für viele unerträglicher Zwiespalt, der sich auch in Gewalt auf der Straße entlädt.

Die Statistik der Schulversager ist immer noch beunruhigend, natürlich finden sich darin auch andere Gruppen – Deutsche, Italiener, Russland-deutsche. Doch die größte Gruppe

sind Kinder aus muslimischen türkischen und arabischen Familien, sie führen diese Statistiken an, so wie sie auch häufiger, als es ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung vermuten lässt, in den Gewalttaten-Statistiken der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Schulbehörden auftauchen, sofern diese sich überhaupt schon entschlossen haben, dieses Phänomen als ein besonderes zur Kenntnis zu nehmen.

Ich kann hier keine Analyse all dieser Probleme liefern, ich möchte Sie nur auf Bruchlinien hinweisen, die jeder sehen könnte, auf Zusammenhänge, die offenbar immer noch als störend empfunden werden in einer öffentlichen Debatte, die auf Konsens aus ist. Aber hier hilft wohl eher etwas, das bei uns verpönt ist: Polarisieren.

Damit meine ich das Kenntlich machen von Unterschieden, die benannt werden müssen, um Abhilfe zu ermöglichen, alles andere wäre falsche Toleranz. Es geht um Unterschiede in den Familienstrukturen, im Frauenbild, im Zusammenleben bzw. in der Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft, im Umgang mit Jugendgewalt und um die Gründe für die Zunahme aggressiver islamischer Überzeugungen. Geschieht das nicht, wird keiner dieser sich zusitzenden Konflikte gelöst oder wenigstens

gelindert, und es werden wieder Zehntausende Kinder preisgegeben, die aufgrund dieser Konflikte nie ihren Platz in unserer Gesellschaft finden können.

Wir müssen über die kulturelle Differenz sprechen – vor allem über diese Erziehung zum absoluten Gehorsam, gottesfürchtig, den gesamten Alltag, 24 Stunden lang, strukturierend, die aber nicht zum selbständigen Handeln befähigt. Besonders dieser Erziehungsstil unterscheidet patriarchal traditionell verfasste muslimische Familien von anderen. Familien, die ihre Kinder aber in eine Gesellschaft entlassen oder dies zumindest sollten, die auf emanzipierte, mündige Bürger angewiesen ist. Es muss nicht nur am Rande der Islamkonferenz über die Macht der orthodoxen Islamverbände und ihre Funktionäre geredet werden, und über den immer noch unterschätzten Einfluss der Moscheege-meinden; über Imame, die gegen die Integration der Migranten arbeiten und Hass und Verachtung säen, und über die Feigheit so vieler Behörden, die ihren Beamten lieber Maulkörbe verpassen, statt sich deren alarmie renden Befunden zu stellen.

Die Schulen

Vor über zehn Jahren wies ein Berliner Senator beiläufig darauf hin, dass

einige Stadtviertel in wenigen Jahren mehrheitlich von Migranten bewohnt sein werden. Er deutete nur mit wenigen Zahlen an, wie rasant schnell dieser Prozess voranschreitet; es wäre ein simples Rechenexample gewesen, ihn einmal exakt vorauszuberechnen. Der Politiker überzeugte damals niemanden, obwohl er gar keine heiklen Fragen stellte, nach Religion, Gewalt und Erziehung oder dem Exodus jener, die diese Viertel in Scharen zu verlassen begannen, weil sie so nicht leben wollten. Er scheiterte schon beim Versuch, einmal grundlegende Fakten zu sichern, vor allem in seiner Partei, der SPD, die ihn sogleich maßregelte.

Es ist immer noch nicht ganz aus der Mode gekommen, mit einer Zahlenrabulistik den Eindruck zu erwecken, hierzulande gäbe es weniger Zuwan derer als Auswanderer und Rückkeh rer. Eine absurde Art, sich Herausfor derungen zu stellen, aber keine, um sich der Probleme ernsthaft anzuneh men. Immer noch werden oft, wenn eine Diskussion zu offen und prag matisch gerät, routiniert Rechtsradi kalität unterstellt, der „positive Ansatz“, die Beispiele gelungener Integration angemahnt und die Kon flikte glattgebügelt. Ein Verfahren zudem, das unter anderem Jahrzehn telang verhinderte, das ungeheure

Unrecht zu benennen, das viele muslimische Frauen und Mädchen, mitten unter uns, erduldeten (und immer noch erdulden). Es wurde hingenommen, ohne dass sich eine Stimme erheb, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die jedoch nicht durchdrangen.

Das beginnt sich jetzt erst und sehr langsam zu ändern – ich erwähne den Schneckengang, weil es nicht viel Zeit braucht, um Lebenspläne zu zerstören, wenn Väter, große Brüder oder Onkel beschließen, was mit Aiyshe zu geschehen hat, die das Abitur machen will, was es zu verhindern gilt. Erst vor einem dreiviertel Jahr wurde endlich das Zuwanderungsgesetz geändert, das nicht allen, aber jenen Migrantengesellschaften, die ihre Töchter verkaufen oder eine zu junge Braut kaufen, kleine Auflagen erteilte. Es schien mir damals ein halbherziger Kompromiss zu sein, aber es hat gewirkt. Die Zahl der Importbräute hat sich deutlich verringert. Zwei deutsche Minister mussten sich dafür auf ihren Türkeireisen jede Menge empörter Vorwürfe anhören, so viel Durchsetzungskraft in Fragen gleicher Rechte für alle war man von den Deutschen bis dahin nicht gewohnt.

Von einer ehrlichen Statistik, von verlässlichen Studien und Diskussionen,

die sich der immer noch existierenden Tabuzonen annehmen, sind wir allerdings immer noch entfernt. Immer noch wird für zu Vieles Verständnis aufgebracht, was nicht zu verstehen und hinzunehmen ist. Warum lässt sich die Schulpflicht nicht immer durchsetzen? Warum werden Lehrer allein gelassen von den Schulbehörden, wenn sie darauf hinweisen, wie besonders eifrige muslimische Kinder andere einem großen Druck aussetzen, etwa weil sie kein Kopftuch tragen oder die gesundheitsschädigenden strengsten Ramadan-Regeln nicht einhalten, oder wenn sich Fünftklässler weigern, englische Vokabeln zu lernen, weil das eine „Christensprache“ sei? Streit soll vermieden werden, weil er angeblich stigmatisiert. Aber Streit, also eine öffentliche Debatte, könnte vielen Kindern und Jugendlichen helfen, weil Hilfe nur möglich ist, wenn man sich der Ursachen dieser Probleme bewusst ist.

Immer noch scheint die Migrationsforschung Empirie wenig zu schätzen. Nur ab und an schrecken uns ein paar Puzzleteile auf, wie jetzt mit der Hamburger Studie, die das Bundesinnenministerium in Auftrag gab: etwa die hohe Zahl muslimischer Jugendlicher (zwölf Prozent), die westliche Gesellschaften für verdorben halten

und Scharia-Strafen befürworten; vierzig Prozent sollen fundamentalistisch orientiert sein, Gewalt also für ein probates Mittel halten, die eigene, die Ideologie des Islamismus durchzusetzen. Viele dieser Jugendlichen (und vermutlich auch ein Großteil ihrer Eltern) stehen zwar nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes, doch im Einklang mit einem streng ausgelegten Koran. Wer das noch als Randerscheinung, als Übergangssphänonen abtut, handelt fahrlässig und gefährdet den sozialen Frieden tatsächlich.

Vor zwei Jahren bot der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes endlich einigermaßen verlässliche Zahlen an, weil nicht mehr nur Ausländer (ohne deutschen Pass) gezählt wurden, sondern Personen mit Migrationshintergrund. Und relativ unbedacht von der Öffentlichkeit erhöhte sich die Zahl in Deutschland lebender Migranten unversehens um mehr als das Doppelte, es sind jetzt etwa 15,5 Millionen Menschen, die etwa zwei Millionen Türken darunter eigentlich eine Minderheit in der Minderheit. Nicht nur für Berliner Problemviertel kann man zudem voraussagen, dass sich der Begriff „Mehrheitsgesellschaft“ umzudrehen beginnt, weil jetzt schon über die Hälfte Zuwanderer sind und weil, zum Beispiel, etwa

sechsundsechzig Prozent der Berliner Grundschüler einen Migrationshintergrund haben. Doch nur dort, wo sich muslimische Parallelgesellschaften etabliert haben, ballen sich die Probleme mit Schulversagen und Gewalt an und um diese Schulen.

Darauf zu reagieren, ja wenigstens zu signalisieren, dass man verstanden hat, welche Herausforderungen das sind, dauert und dauert. Erst 1990 hob Berlin zum Beispiel die seit 1975 bestehende „Zuzugssperre für Ausländer“ in Kreuzberg, Wedding, Moabit und Neukölln auf – wegen offenkundiger Sinnlosigkeit. Bis man sich aber eingestand, dass siebzig Prozent Ausländer (meist Briten, Amerikaner oder englische Muttersprachler) an der feinen deutsch-amerikanischen High School im bürgerlichen Berlin-Zehlendorf weniger Sprachförderstunden brauchen als eine Schule im Problembezirk Neukölln, an der damals nur (!) fünfzig Prozent türkische und arabische Kinder (heute sind es meist zwischen achtzig und hundert Prozent) lernten, sollten noch einmal Jahre vergehen. Jahre, in denen Tausende junger Menschen scheiterten, weil nicht nur sie, sondern auch ihre Lehrer und Sozialarbeiter überfordert waren, weil außer ihnen niemand sehen wollte, was schief ging.

Die Langzeitwirkung eines der größten Fehler deutscher Integrationspolitik, die Unzumutbarkeit deutscher Sprachkenntnisse bei Einbürgerung, wie sie im Ausländerrecht festgeschrieben war, spüren wir immer noch. Erst 1999 wurde durchgesetzt, dass Ausländer, wollen sie deutsche Staatsbürger werden, geringfügige Sprachkenntnisse nachweisen müssen. Die zynische Ironie, mit der damals Multikulti-Aktivisten und Journalisten eifrig diese Forderung lächerlich machten, warf nur ein Schlaglicht auf eine weitverbreitete Wahrnehmungsstörung und Ignoranz, mit der Integrationsthemen zu lange behandelt oder unterdrückt wurden.

Während sich Polen, Italiener, Griechen, Iraner, Vietnamesen, auch ein Teil der jungen türkischen Mittelschicht weitgehend assimilierten (im Sinne von ähnlich machen, vor allem sprachlich und staatsbürgerlich), sind im Berliner Wedding, in Neukölln, in Teilen von Kreuzberg, von Spandau oder Moabit Parallelgesellschaften entstanden, die sich deutlich von der deutschen Gesellschaft absondern. Die Berliner Schulstatistik wurde längst umgestellt, immerhin, und wer im Internet eine Schule für sein Kind sucht, kann ehrliche Antworten finden. Der Anteil von Schülern mit

Migrationshintergrund, konkret benannt mit dem Herkunftsland zum mindesten eines Elternteiles oder der Muttersprache, ist öffentlich. Im Subtext liest man allerdings, prüft man die Zusammensetzung der Schülerschaft vieler Viertel, die Geschichte der sozialen und ethnischen Segregation. Das wird sich kaum jemals wieder grundsätzlich ändern, auch wenn Sozialromantiker und – nachvollziehbar – Lehrer davon träumen. Schulen, in denen zwischen achtzig und hundert Prozent junge Türken oder Araber lernen, sind keine Seltenheit, und sie liegen fast immer in jenen Vierteln, die nicht nur die sogenannte Armutssstatistik, sondern auch die zur Jugendgewalt anführen. Viele Familien leben dort nicht selten bereits in zweiter Generation von staatlicher Wohlfahrt, und es gibt Kinder, die das Sozialamt für eine Zukunft halten, mit der man irgendwie durchs Leben kommt.

Immer mal wieder wird einer Schule die Ehrlichkeit zum Verhängnis, auch wenn die Schlagzeilen nicht mehr so groß und fett sind. Aber Ärger flammt auf, wenn etwa ein Schulleiter einem aus Westdeutschland zugewogenem Vater rät, eine andere Kreuzberger Schule für seine Geige spielenden Töchter zu suchen. Er dachte daran, wie schwer es diese

Mädchen unter vielen, gelinde gesagt raubeinigen Jungen hätten, deren bevorzugte Schimpfworte „deutsche Schlampen“, „Christenhunde“ oder „Schweinefleischfresser“ sind und deren Strafregister von Kindheit an wächst. Der Schulleiter wurde von einem deutschtürkischen Politiker öffentlich der Diskriminierung gezien; ein Politiker, der die Schule nicht mal besuchte, bevor er den Blätterwald rauschen ließ. Wir sind beleidigt, rief er.

Hätte er hier genauer hingehört und hingeschaut, hätte er zur Kenntnis nehmen müssen, dass diese Schule Unglaubliches leistet, weil immerhin ein Großteil der Schüler einen Real-schulabschluss schafft, trotz katastrophaler Ausgangslage. Es ist eine von vielen Berliner Schulen, die eine Gegenwelt behaupten gegen die parallelen Welten vor dem Schultor und die es immer wieder schafft, einige ihrer Schüler in die Mehrheitsgesellschaft zu führen. Auch an dieser Schule hatte es bis Anfang der neunziger Jahre noch Deutsche, Polen, Griechen gegeben. Dann begann die Abstimmung der Eltern mit den Füßen. Wer konnte, zog weg oder brachte die Kinder anderswo unter. Im Berliner Wedding, wo es inzwischen mehr Moscheen als Schulen gibt, verließen einmal innerhalb von

nur drei Jahren vierzig Prozent der angestammten Bewohner ihr Viertel: Auch eine Reaktion auf verfehlte Einwanderungspolitik. Inzwischen gründen Eltern zuweilen Privatschulen. Als „migrationskritisch“ müsste man dieses Verhalten wohl mit einer der neuesten Wortschöpfungen beschreiben. Statt die Schulen leichtfertig pauschal für die Bildungsprobleme vieler Migrantenkinder verantwortlich zu machen, sollte man Lehrer, die gegen diese Entwicklung ankämpfen, stärken. Es geht nicht an, von ihnen zu erwarten, dass sie all das ausgleichen, was eine verfehlte Einwanderungspolitik und sozialer Niedergang angerichtet haben.

In Berlin, das anders als etwa Großstädte wie München, Hamburg oder Frankfurt, sehr lange viele durchmischt Wohnviertel hatte, in denen die unterschiedlichsten Bildungsmilieus recht dicht beieinander wohnten, hat sich dieser Prozess sozialer Segregation in kaum anderthalb Jahrzehnten vollzogen. Man könnte als Ausgangspunkt zwei Dinge nennen: einmal den Mauerfall und die daraus folgende Neuordnung der Stadt, die nun auch für West-Berliner ein Umland hatte, einen grünen Gürtel um die Stadt, in den viele zogen, die bis dahin aushielten, was in Zeiten von Multikulti als gut, als Berei-

cherung anzusehen war. Zum anderen wurden Folgen des Familiennachzuges, vor allem aus Anatolien, aus den Bürgerkriegsgebieten des Libanon und Palästinas sichtbar, mit immer wieder aus dem Heimatland der Eltern geholten sprachlosen Bräuten und Bräutigamen, deren nichtvorhandene oder spärliche Schulbildung wenig Hoffnung auf einen Arbeitsplatz zuließ. Sie hätten einen Jahrhundertschritt in wenigen Jahren vollziehen müssen, was ihnen aber kaum abverlangt wurde, und so richteten sie sich ein in der Abschottung. Ein Vorgang, der Integration immer wieder bei Null beginnen lässt, so wie es Margalith Kleijwegt beschreibt, so wie es Necla Kelek in ihren Büchern schreibt oder die Rechtsanwältin Seyran Ates. Die Mitglieder dieser Parallelgesellschaften werden immer noch zu oft als Mündel angesehen, sie seien halt noch nicht so weit, heißt es, als dass man ihnen klare Forderungen zumuten dürfte – man könnte auch sagen herauszufordern – damit sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, um in dieser Gesellschaft anzukommen. Doch werden sie auf diese Weise tatsächlich zum Opfer, nämlich einer vormundschaftlichen Politik, die sie umstellt mit sozialen Maßnahmen, mit Präventionskatalogen, und sie

doch mit einmauert in ihrer Rückständigkeit, wie es Necla Kelek einmal formuliert hat. Dazu kommen noch die Moscheevorstände, die ihnen einen orthodoxen Islam predigen und vormoderne Lebensformen zementieren helfen.

Ich habe einmal einen französischen Politiker begleitet, dem man „Problemviertel“ zeigen wollte. In Berlin-Neukölln, im Wedding. Gegen Ende fragte der Franzose: „Und wo sind nun ihre Probleme?“ Er hatte frisch getünchte Wohnviertel gesehen (keine Höfe allerdings, in denen die ausgeschlossenen Jungen aus muslimischen Familien herumhingen, nicht gut aufgelegt). Er hatte Schulen mit Amphitheater im Hof und einer fabelhaften Schulbibliothek gesehen, und gehört, was Stadtteilmütter, Mädchenläden und der Staat alles auf die Beine stellen, um Sprachnöte zu lindern, um vor allem muslimischen Kindern in der Freizeit etwas anderes angedeihen zu lassen, als in der Koranschule den Koran auswendig und die Gesellschaft der Ungläubigen verachten zu lernen.

Ausgelassen hatte man natürlich bei dieser Besichtigungstour die Gewaltstatistik, die enormen Probleme, die Lehrer an vielen Schulen haben, weil viele ihrer Schüler, besonders Jungen, zu Hause eine Erziehung, bzw. Nicht-

erziehung erdulden, die wir, handelte es sich um deutsche Kinder, unter Kindesmisshandlung einordnen würden. Der Vater hat in diesen Familien immer recht – Necla Kelek nennt diese Großfamilien „Vaters Staat“ –, und er setzt sein Recht mit Schlägen durch, brutalen Schlägen durchaus, mit Verboten, mit kruden Ehrbegriffen, mit der autoritären islamischen Werteerziehung. Mutig die Schulleiter, die endlich Polizei und Jugendamt verständigen, wenn sie einen Vater erleben, der seinen Sohn, weil er wieder mal geschwänzt hat oder andere beraubt und verprügelt, gleich im Direktorenzimmer oder noch auf dem Schulhof züchtigt. Das scheint immer noch eine Ausnahme zu sein, diese Reaktion, aber sie gehört zu jenen Themen, über die endlich in aller Öffentlichkeit zu reden wäre: über familiäre Gewalt in muslimischen Familien.

Gerade erst wurde ein Fall öffentlich, der einen anderen rechtsfreien Raum beleuchtet, so ein damit befasster Kommunalpolitiker: In einer kleinen süddeutschen Stadt erzählte ein kleiner Junge im Kreis seiner Mitschüler und vor der Lehrerin, dass seine frisch genähte Wunde an der Wange vom Stock des Hodschas stammt, der ihn geschlagen hatte, weil er seinen Text nicht auswendig konnte. Einer von

vielen Hodschas, der aus der Türkei für die Ditib, die deutsche Organisation der türkischen Religionsbehörde Diyanet, geschickt worden war (ohne jede Kenntnis der Verhältnisse und Normen hier). Die Lehrerin des miss-handelten Kindes gewann das Vertrauen der Mutter, das Jugendamt und die Polizei wurden verständigt, es gab eine Anzeige. Endlich! Wenn sich herumspricht, dass Hinschauen und Handeln etwas bringt, sind wir wieder einen Zentimeter weiter.

Familien

Diese gewalttätige Erziehung in muslimischen Familien hat andere Ursachen als die immerhin geächtete in deutschen Familien, wo sich Trunksucht, Eheprobleme und Verwahrlosung überhaupt zuweilen in Gewalt gegen Kinder entladen. Diese Eltern, von denen ich hier spreche, sind immer noch überzeugt, das Richtige zu tun. Das, was immer geholfen hat: die starke, harte Hand, alles andere verweichlicht und gefährdet den Gehorsam, den Respekt. Doch es kann nicht sein, dass wir diesen Kindern das verweigern, was ansonsten längst als selbstverständlich gilt: ein Leben ohne Gewalt in der Familie. Diese Gewalterfahrungen werden auf der Straße, auf dem Schulhof ausgelebt, auch das hat viele Familien, die

anders leben, dazu bewogen, wegzu ziehen. Dabei wäre schon einiges gewonnen, würde man wenigstens geltendes Recht durchsetzen.

Ich verweise auf eine Studie aus dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen, eine deutschlandweite Schülerbefragung, die alle fünf Jahre wiederholt wird. Diese aus dem Jahre 2005 hatte nur wenige gute Nachrichten zu bieten. Eine davon lautete, dass nur (!) noch etwa jeder vierte Jugendliche hierzulande zu Hause geschlagen wird oder mit Faustschlägen traktiert. Doch die Zahl der türkischen Schüler (auch einiger Kinder aus Südeuropa), die angaben, von den Eltern, meist den Vätern, regelmäßig misshandelt und schwer geübt worden zu sein, war doppelt so hoch wie bei den Deutschen. Mitgefühl und friedliches Streitschlichten lernt man so kaum. Die geprügelten Kinder tauchen auch am häufigsten in der Täterstatistik wieder auf, signifikant oft als Mehrfachtäter. Sie begehen Gewalttaten viermal häufiger als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspräche. Besonders streng religiös erzogene muslimische Jungen sind betroffen: als Misshandelte und als Täter. Bei den Opfern außerhalb der Familie wiederum sind sie unterrepräsentiert. Die meisten dieser Opfer

waren Deutsche, was sich laut Statistik der Berliner Staatsanwaltschaft etwas geändert hat. Ein Grund, warum nun junge Türken öfter junge Araber oder umgekehrt verprügeln und berauben, ist darin zu suchen, dass die meisten Taten im näheren Wohnumfeld der jungen Täter verübt werden (dort kennen sie sich gut aus). In diesen Vierteln aber leben inzwischen sehr viel weniger Deutsche als früher (die Gründe habe ich erläutert).

Libanesen

Lassen Sie mich am Beispiel einer besonderen Gruppe diesen Teufelskreis beschreiben. Meine Quellen sind wieder Schulen, die Studie von Ralph Ghadban über Libanesen in Berlin (einmalig, zehn Jahre alt; so was wird in Berlin trotz sich zusätzender Konflikte nicht mehr unterstützt, eher schon Moscheevereine, die der Verfassungsschutz für zumindest bedenklich hält, oder sogenannte Scharia-Richter, weil man nicht weiß oder wissen will, was das bedeutet). Außerdem habe ich einen Teil der damals noch zugänglichen Intensivtäter-Statistik der Staatsanwaltschaft hinzugezogen (erfasst Jugendliche und Heranwachsende, die besonders schwere Straftaten begehen oder innerhalb eines Jahres in mindestens

zehn Fällen angezeigt wurden; eine Änderung für den guten Ruf, früher reichten fünf Straftaten von einigem Gewicht). Als noch 5 Taten reichten, waren es 300 Jugendliche, mit zehn Taten kam man 2007 schon auf fast 500 Personen (mit Anklagen). Die Schulkarrieren dieser Jungen waren entsprechend katastrophal.

Weil die Arbeit dieser speziellen, sehr erfolgreichen Abteilung der Berliner Staatsanwaltschaft fast nicht mehr zu bewältigen war, versuchte man das Täterpotential genauer zu beziffern. Diese sogenannten Suchläufe ergaben eine beunruhigende Steigerung dieser Straftaten, verübt von sehr jungen Tätern, darunter immer öfter auch Kinder.

Achtzig Prozent der jungen Intensivtäter sind Migranten, unter den Migranten wiederum kommt fast die Hälfte aus arabischen Familien, überdeutlich hier die über die Türkei und den Libanon eingewanderten Mhallamiye-Kurden und andere Libanesen – eigentlich eine recht kleine Minderheit.

Sie haben einen deutschen Pass oder auch nicht , fast alle erwachsenen Libanesen haben inzwischen eine Arbeitserlaubnis, doch nur die wenigen arbeiten, es sei denn schwarz. Sie leben in großen Clans, wie im Herkunftsland, und deren Oberhaupt

und die Religion bestimmen das Leben aller Clanmitglieder. Die Erziehung ist gewalttätig, sieben Kinder sind Durchschnitt, fünfzehn keine Seltenheit. Es sind Ehen nach islamischen Recht. Die Bräute (oder Bräutigame) werden als Minderjährige, meist sind es Verwandte, aus dem Heimatort geholt, der Imam schließt die Ehe; wenn das Mädchen erwachsen ist, wird sie auf dem Standesamt besiegt. Die hier geborenen Mädchen müssen sich, trotz deutscher Schule und offener Gesellschaft, immer wieder repressiver islamischer Sittlichkeit unterwerfen. Und die Sittenwächter verfolgen sie bis in die Schulen. Was in diesen Familien geschieht, dringt nur selten nach draußen, und wenn doch, macht die schiere Größe dieser Familien eine Einzelfallbetreuung durch Jugendämter fast unmöglich.

Islamistische Vereine haben diese Gemeinschaft inzwischen fest im Griff, und die Männer befestigen ihre Herrschaft immer mehr mit dem Islam, der ihre Macht am oberen Ende der Clan-Hierarchie legitimiert. Das Wertesystem wird von der Scharia diktiert, nicht vom Grundgesetz. Sie leben zwischen diesen Polen, wie gut, sei dahingestellt. Die Intensivtäterkartei ist nur ein alarmierender Befund von vielen dafür, dass hier

etwas außer Kontrolle geraten ist. Aus der Staatsanwaltschaft und den Gerichten hört man, dass diese jugendlichen Straftäter unerreichbar geworden sind für all die erzieherischen Maßnahmen, die das Jugendstrafrecht vorsieht. Sie werden immer brutaler, und relativ neu – nicht nur in dieser Gruppe – ist die offene Verachtung der Deutschen. Immer häufiger springen Zeugen ab, weil sie dem Druck, ich nenne das Einschüchterung, der sogenannten Friedensrichter nicht standhalten. Und alarmierend finde ich in diesem Zusammenhang, dass Richter eine Radikalisierung auf beiden Seiten beobachten. Verachtete, beraubte, mit Messern traktierte Deutsche, die drohen, das nächste Mal richtig, also rechtsradikal zu wählen, weil sie meinen, das wenigstens würde die Öffentlichkeit beeindrucken. Eine beunruhigende Entwicklung.

Den aussichtslosen Versuch, durch erzieherische Maßnahmen eine Beserung in die Wege zu leiten, möchte ich an einem jüngeren Fall schildern: Drei türkische Jungen bedrängen, bespucken und beleidigen in einem Berliner Innenstadtbus Fahrgäste, Frauen, „Scheißdeutsche“ und „deutsche Schlampen“, die man alle töten müsse. Sie rufen zuletzt noch: „Wir werden euch alle vergasen!“ Die

Richterin wie die Staatsanwältin wollen dies als Volksverhetzung verurteilen, doch legt ihnen die geltende Rechtsprechung Mäßigung auf: weil nur „Teile der Bevölkerung“ die sich „von der übrigen Bevölkerung“, der Mehrheit unterscheiden muss, verhetzt werden können, kommt der Paragraph 130 StGB nicht infrage. Also Beleidigung, zwei und vier Wochen Jugendarrest und ein Anti-Gewalttraining. Zwei der Täter haben weitergemacht, nun schon mit Raub und Messerattacken auf Frauen. Abgesehen von ihren Vorstrafen und der Arreststrafe, müssen sie irgendwann mit etwas härteren rechnen. Aber welchen Eindruck hinterlässt in ihren Gruppen und Familien die Tat-sache, dass sie Deutschen nahezu ungestraft „vergasen“ androhen dürfen?

Über die Verhältnisse, in denen diese früh Gescheiterten aufwachsen, wird so gut wie nie geredet. Sie leben sehr oft von staatlicher Wohlfahrt, die insgesamt mit ihren Zuwendungen das übersteigt, was etwa ein Professor an der Universität Beirut verdienen könnte – ein Aufstieg also.

Ralph Ghadban hat außerordentlich genau die Absonderung beschrieben, die die Gruppe der Migranten aus dem Libanon auszeichnet. Eine Parallelgesellschaft, die sich schon in den

neunziger Jahren etabliert hat. Nur hoffte Ghadban damals, die nächste Generation würde diesen Teufelskreis durchbrechen. Stattdessen haben sich die Zustände stabilisiert. Sie halten die Deutschen für sittlich verkommen, der Islamismus, so Ghadban, habe die letzten Brücken gesprengt. Natürlich stand auch hier am Anfang eine verfehlte Flüchtlingspolitik, die nicht gestaltet, sondern nur verwaltet. Sie verwies diese Menschen an den Rand und dort haben sie sich eingerichtet. Daran hat sich wenig verändert, auch wenn wir alle täglich wie ein Mantra wiederholten, wir seien nun ein Einwanderungsland. Die jungen Libanesen, die nicht deutsche Staatsbürger sind, mit dem Gesetz aber so häufig in Konflikt geraten, dürfen nie abgeschoben werden. Der Libanon ist ein Bürgerkriegsland, in das der Straftäter aber schon mal zum Verwandtenbesuch ausbüchst. Der Prozess wird dann eben verschoben. Einige dieser Sippenverbände sind den Ermittlern für organisierte Kriminalität wohl bekannt. Um Nachwuchs müssen sich diese Banden nicht sorgen, der wächst heran. Zwar wird die Eskalation der Jugendgewalt gerade aus dieser Gruppe heraus auch draußen wahrgenommen, aber niemand bisher, der den immer häufigeren

aggressiven Übergriffen auf Deutsche oder andere Nichtlibanesen und Nicht-Mhallamie-Kurden so entgegentritt wie es üblich ist bei Diskriminierung oder Rassismus. Integrationsdefizite aber werden innerhalb dieser Gruppe mit einem Überlegenheitsgefühl kompensiert: Sie erleben immer wieder, dass man ihnen kaum etwas anhaben kann.

Ein einziger jugendlicher Intensivtäter reicht aus, um eine Schule in Angst und Schrecken zu versetzen. Aber meist ist es nicht nur einer. Wenn sie nach einer Tat wieder auftauchen in der Schule, werden sie von den einen bewundert, die anderen aber haben noch mehr Angst vor ihnen. Ein Beispiel: An einer Neuköllner Hauptschule zieht ein Junge einem anderen die Jacke ab, dann das Handy – das ist Raub –, dann setzt es, wiederholt, Prügel. Schlimme Prügel – Körperverletzung. Das Opfer ist eines der wenigen deutschen Kinder an der Schule, ja im Viertel überhaupt. Es wird erpresst, soll Geld liefern. Die Schule schaltet die Polizei ein. Der Täter wird auf frischer Tat gestellt, ist wenige Stunden später wieder da und verlangt, vor Lehrern und entsetzten Eltern auf dem Schulhof, fürs nächste Mal das Doppelte. Ihm kann nichts passieren, das weiß er, er ist noch nicht strafmündig. Die Familie des

Opfers zieht schließlich weg, weil der Täter alsbald sogar die Mutter verfolgt. Andere, die nicht wegziehen, schließen sich immer öfter der nächsten Moschee an, sie wollen endlich irgendwo dazugehören, sie sind willige Mitläufer einer beunruhigenden Bewegung; die Hasstiraden auf das verkommene System da draußen nehmen sie begierig auf. Es gibt inzwischen einfach zu viele solcher Geschichten vom Scheitern, und es gibt zu viele Opfer, denen kein richtiger Schutz geboten werden kann.

Aber es gibt noch einen anderen alarmierenden Berliner Befund: Sehr viele Jugendarreststrafen werden nie angetreten. Erst einmal dauert es oft zu lange, bis die Fälle bei Jugendrichtern auf dem Tisch landen. Dann tritt der Delinquent seine Strafe an, wird aber wieder nach Hause geschickt: Kein Platz frei. Beim zweiten Versuch wieder: Kein Platz frei. Erziehungsefekte? Sie tendieren dann wohl gegen Null.

Wie mag das ankommen in diesen „unzugänglichen Erdteilen“ mitten in unseren Städten? Was für eine vermurkste Kindheit nehmen wir da von Fall zu Fall hin? Warum fürchten sich in vielen Städten längst nicht nur Schulkinder, bestimmte Wege zu nehmen? Warum schauen wir eigentlich immer noch so oft zu, wenn sich vor

unseren Augen parallele Welten verfestigen? Es muss sich etwas ändern, auch weil immer mehr Jungen, die in Vierteln leben, die die Gewaltstatistik anführen, aus der Spur springen – zwischen der autoritären Tradition in der Familie und den liberalen Schulen aufgerieben. Es ist absurd, in diesem Zusammenhang von höheren Strafen zu sprechen. Es wäre ja schon gut, träten die jungen Täter, die noch nicht ganz verloren sind, ihre geringen, aber vielleicht hilfreichen Strafen alle an. Wir brauchen mehr geschlossene Heime – mit den besten pädagogischen und sozialtherapeutischen Konzepten –, um diese Jugendlichen aus dem Milieu herauszuholen, das sie nicht besser macht, und raus aus der Zuständigkeit unfähiger Eltern.

Wir müssen entschlossen etwas gegen diese überkommene Erziehung zur Gewalt unternehmen, sonst akzeptieren wir, dass eine bestimmte Gruppe wie Menschen zweiter Klasse behandelt wird, die erdulden müssen, was eigentlich strikt verboten ist: Prügel und körperliche Züchtigung! Den dreisten Forderungen von Vertretern der orthodoxen, antisäkularen, häufig antisemitisch und gegen Integration eingestellten Islamverbände, die immer unverhüllter die Festbeschreibung ihrer islamischen, scharia-

tischen Tradition fordern, muss ebenfalls entgegengetreten werden. Die Verbände loten vor Gerichten aus, wie weit sie das deutsche Recht dehnen können, für die Befreiung von Unterrichtsstunden, für Kopftücher von der Wiege bis zur Bahre, überall, auch in Behörden und als Lehrerinnen. Sie fordern Gebetsräume in Schulen, und es ist zu befürchten, dass die Richter ihnen auch das noch zugestehen, weil sie selbst nicht mehr wissen, dass die Religionsfreiheit nicht über aller Freiheit steht, sondern ein Teil von ihr ist.

Zur Eskalation der Gewalt bei so vielen ihrer Kinder aber hört man von diesen Funktionären nichts. Zum passionierten Schuleschwänzen junger Nachwuchskrimineller – hört man nichts. Zur Sprachnot und ihrem Engagement, sie zu beheben – wenig und häufig nur Nebulöses. Zu ver- und gekauften Bräuten – nichts. Ich halte es für falsch, die Probleme, die wir nicht mit der Mehrheit der Zuwanderer, aber mit einer eben auch längst nicht mehr geringen Zahl von ihnen haben, auf soziale Ursachen zu reduzieren. Es gibt eine kulturelle Differenz, die, wenn sie nicht überbrückt wird, zu noch fataleren Entwicklungen führen wird. Ich setze dabei auf mutige Lehrer, auf die säkularen Muslime und vor allem auf die weni-

gen Dissidenten unter ihnen, auf Frauen wie Necla Kelek und Seyran Ates. Und ich setze auf das Prinzip Selbstverantwortung und nicht auf das Opferbild vom hilflosen Migranten.

Es muss mehr geschehen als zum Beispiel Reden zu halten oder Artikel zu schreiben, über die prekäre Situation an Migrantenschulen, die prekäre Situation in Migrantenvierteln, die Islamisierung, die Not verkaufter Bräute und verlorener Söhne und die Blindheit vieler Verantwortungsträger. Wir brauen ein Bündnis, mit den Dissidenten, mit den säkularen Muslimen, die Bürger dieses Landes sind wie Sie und ich, die die gleichen Vorstellungen haben von Verantwortung und von der Freiheit, über unser Leben selbst zu entscheiden. Denn darum und um nichts weniger geht es: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? Gemeinsam oder nebeneinander?

Es geht um viel mehr als nur um Sprachprobleme und kriminelle Jungen. Es geht auch um unsere Identität, die man nicht so einfach mit „Einwanderergesellschaft“ beschreiben kann. Das muss deutlicher sein, die Islamkonferenz hat es versucht, die Probleme damit wegen starrsinniger Islam-Verbände dürfen jedem bekannt sein, der sich dafür interes-

siert. Denn wenn wir dieses Identitätsproblem nicht lösen, wird es uns auch nicht gelingen, das Identitätsproblem vieler Migranten zu lösen. Sie müssen für das Fortkommen ihrer Kinder selbst mehr Verantwortung übernehmen (so wie das erstaunlich viele Eltern der ersten, der Gastarbeitergeneration noch taten und wie es Zuwanderer in noch früheren Zeiten für selbstverständlich hielten). Wir müssen uns über die Rolle der Religion einigen und auf den säkularen Staat, der kein Gottesrecht in seinen Amtsgeschäften duldet. Und wir müssen endlich auch in den Kinderzimmern muslimischer Kinder die gewaltfreie Erziehung garantieren, also durchsetzen.

Tun wir das alles nicht, schauen wir weiterhin weg, dann wird uns nichts gelingen.

Auszüge aus der Diskussion

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Meine Damen und Herren, ich habe ja vermutet, das wird ein aufregendes Gespräch und ein aufregendes Referat. Vielen Dank, Frau Mönch, dafür, dass Sie polarisiert haben bewusst, aber um eines Ziels willen: Integration und Bewahrung einer liberalen, offenen und säkularen Gesellschaft. Ich bin Ihnen auch dankbar, dass Sie am Schluss auch Strategien und positive Tendenzen angedeutet, Ankerpunkte und Anknüpfungspunkte in den verwandten Milieus selbst gefunden haben. Diese sind ermutigend, lassen einen aber doch nicht innehalten, daran zu arbeiten, dass dieses Problem gelöst wird, das in einer vielfältigen Weise in der Tat auch unser eigenes ist. Der Hinweis, dass auch die deutsche Gegengesellschaft sich radikaliert und dass hier Strategien entwickelt werden, deutet auch auf gewisse Tendenzen der Selbstgefährdung. Der andere Hinweis, dass wir mit uns selbst nicht klarkommen, ist ein Hinweis, der sich in letzter Zeit auch in der kulturellen und politischen Diskussion der Bundesrepublik insgesamt zu Gehör bringt. Man muss wissen, wer man ist. Aber ich habe den Eindruck, dass unsere Gesellschaft sich im Wesentlichen in dem einigen kann, was sie nicht sein will, gerade

auch in der kulturellen Auseinandersetzung. Wir wollen keine Kopftücher und ähnliche Dinge mehr. Aber wenn wir die Diskussion führen, wo eigentlich unser Proprium ist, wo unser Grundkonsens ist, dann sind wir in den letzten Jahrzehnten sehr viel mehr herausgefordert, als wir es in der Gründerphase der Bundesrepublik gewesen sind.

Ich habe mich in den letzten Tagen mit Ernst Wolfgang Böckenförde beschäftigt, der ja jahrzehntelang über den säkularen Staat nachgedacht hat und auch darüber, dass dieser säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Er hat in diesem berühmten Aufsatz darauf aufmerksam gemacht, dass es die Individuen sind, die durch ihr Engagement das Ethos zustande bringen müssen, auf dem das Zusammenleben in einem Gemeinwesen beruht. Er hat in der Siemens-Stiftung vor einem Jahr diese Gedanken fortgeführt und sich auch mit unserem Thema auseinandergesetzt – bekennend, dass er sich mit dem Islam nicht auskenne, aber doch darauf aufmerksam machend, dass man staatlicherseits, politischerseits tätig werden muss, wenn die kulturellen Freiheiten, speziell die Religionsfreiheit, dazu gebraucht werden sollten, dieses offene liberale

System von innen her aufzurollen. Ich habe gestern Abend in Berlin bei einem Vortrag gesagt, das sei in gewisser Weise die Übersetzung der wehrhaften Demokratie auf die weltanschaulichen Deutungssysteme sowie auf den Bereich der Religionsfreiheit und ihres Missbrauchs: Eingriff in ihre Entfaltungsfreiheit, wenn sie diese Freiheit anderen nehmen wollen. Nun kennen wir alle Ernst Wolfgang Böckenförde und wissen, dass er mit einem bestimmten Milieu wirklich nichts zu tun hat. Wenn Anlass zu einer solchen Nachdenklichkeit besteht, selbst im akademischen Raum, dann glaube ich, erschrecken die Befunde, die auf Ihrer Beobachtung beruhen, zusätzlich. Dann haben Sie vielleicht schon recht, wenn Sie polarisierend und zielführend darauf aufmerksam machen, dass man hinschauen und handeln muss. Aber ich füge hinzu: gemäß dem Selbstverständnis eines pluralistischen, demokratischen Rechtstaats. Dazu gehört auch die Religionsfreiheit der Muslime, aber nicht in einer Weise, um an Böckenförde wieder anzuschließen, die dazu führt, anderen die kulturelle Basis zu entziehen und die Festung von innen heraus zu erobern. Aber das ist eine Weiterführung.
Ich weiß nicht, ob vielen von uns

diese Botschaften so ganz vertraut waren. Ich glaube, in Bayern ist manches noch ein bisschen anders. In Bayern hat man auch unter Führung der Partei, der der Herr Landtagspräsident angehört, und zu Zeiten meines Lehrers Hans Maier als Kultusminister eine Bildungspolitik betrieben, die in der Bundesrepublik sehr kritisiert worden ist, weil das Erlernen der deutschen Sprache den zugewanderten Kindern „zugemutet“ wurde; das hat dem Kultusminister den Vorwurf des Rassismus eingebracht. Wie haben Sie so schön gesagt – „Berlin ist für alles gut“. So gut wie in Berlin haben wir es noch nicht, um es so herum auszudrücken.

Meine Damen und Herren, es gibt mit Sicherheit den einen oder anderen Bedarf zu fragen, zu diskutieren, vielleicht auch Position zu beziehen. Frau Mönch freut sich darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Fragesteller: Frau Mönch, ein großes Kompliment zu Ihrem couragierten und temperamentvollen Vortrag! So was hatte ich nicht erwartet, denn wenn man so deutlich wird, dann wird man ganz allgemein in unserer Gesellschaft in die ultrarechte Ecke geschoben, und das Schlimme ist, dass unsere Politik eigentlich die Kri-

tik diesen verrückten Rechtsaußenparteien überlässt, und das ist für mich unerträglich. Ich kann mich mit diesen Leuten nicht identifizieren.

Ich möchte schnell zurückkommen auf eine Veranstaltung vor einigen Monaten zum Thema Euro-Islam. Ich habe auf dieser Veranstaltung sehr vorsichtig angedeutet, dass man sich eben von Leuten, die sich aufgrund ihrer islamischen Einstellung mit unserer Gesellschaft nicht identifizieren können, trennen müsse. Daraufhin wurde ich nach der Veranstaltung, und das scheint mir sehr bemerkenswert, von zwei Herren angesprochen, beide türkische Ärzte, die mir gratulierten zu meiner Äußerung und ganz hinter dieser Äußerung standen. Und ich muss Ihnen sagen, wenn ich in einem anderen Lande wäre, würde ich genauso denken wie diese Leute. Ich würde darum bitten, dass man Deutsche, die sich dort nicht benehmen können, nach Hause schickt. Für mich persönlich muss das zu einem großen Teil, was Sie angedeutet haben, kein Problem sein, denn solange es sich um einen Ausländer handelt, muss ich in der Lage sein, ihn bei einer Straffälligkeit des Landes zu verweisen. Wenn es ein minderjähriges Kind ist, gehen die Eltern mit. Wenn es die Eltern sind, die straffällig werden, gehen die min-

derjährigen Kinder mit, denn ich kann nicht die Familie auseinander reißen, das ist ganz selbstverständlich.

Ein weiterer Punkt: Ich verstehe nicht, wieso Ausländer Sozialhilfe bekommen. Ich sehe das deutsche Volk als eine Solidargemeinschaft, und in der Solidargemeinschaft muss ich deutsche Bürger, auch ehemalige Aussiedler, die Deutsche sind, mittragen. Das akzeptiere ich. Aber wieso bekommen denn Leute, die nicht Deutsche sind, hier Sozialunterstützung? Soweit ich weiß, werden sie in USA sofort von der Liste gestrichen. Die USA zahlen so etwas nicht.

Wenn wir die Leute hier alle einsperren wollen – das ist doch ein Problem. Gerade haben wir den Fall erlebt, dass ein Iraker seine Frau mit Messerstichen – ich weiß nicht, schwer verletzt oder getötet hat – er bekommt 13 Jahre Haft. Die 13 Jahre kosten uns, wenn sie pro Jahr 30.000 Euro unterstellen, ungefähr 400.000 Euro. Ich will die nicht bezahlen. Lieber raus werfen und weg und nicht uns damit belasten.

Regina Mönch: Das war jetzt ziemlich viel. Zum Euro-Islam: Da hätte ich sofort gefragt, welcher? Bassam Tibi? Tariq Ramadan? Bei Tariq Ramadan würde ich sagen, lieber nicht. Bassam Tibi ist gescheitert. Ich versu-

che einmal, auf „Abschieben und weg und raus“ einzugehen. Das ist ein Entlastungsargument. Ich finde auch, dass man in dieser Hinsicht die Gesetze etwas klarer auslegen müsste und ich denke an die Opfer von Gewalttaten. Ich war oft genug in den Schulen und schaue mir das an. Dann sehe ich viele gefährdete Kinder. Oft sind das sich selbst überlassene Jungen, die mit 10 anfangen und mit 18 eine kriminelle Karriere absolviert haben, die andere in 40 Jahren nicht schaffen, einige laufen Gefahr, in die organisierte Kriminalität zu driften. Das ist doch keine schöne Kindheit! Von der Seite her möchte ich das verstanden sehen. Wir sollten uns keine Illusionen machen. Es gibt etwa Dutzende Abschiebungshindernisse, und ich finde das zum Teil sehr gefährlich, weil es sich herumspricht und Angst bei den Opfern schafft. Wir sind in München, hier war der erste spektakuläre Fall, Mehmet, der gezeigt hat, was alles nicht geht. Aber man könnte z.B. das Zuwanderungsgesetz ändern, weil es Gruppen gibt, die offensichtlich ihren deutschen Pass als Mitgift oder als Angebot für die Gegenseite offerieren. Dieses können wir nicht verhindern. Aber dass es dann noch Minderjährige sein sollen, dass es unter Zwang in die Ehe

gepresste junge Frauen sein sollen, die mit Sadisten verheiratet werden können, ohne dass irgendjemand eingreift, das muss es ja nun nicht sein. Und dass Frauen noch nach 20 Jahren sprachlos in diesem Land leben müssen, und sich hier nicht zurechtfinden und auf ihre Männer angewiesen bleiben, muss auch nicht sein. Zu den Funktionären der türkischen Verbände, die unsere Kanzlerin mit einem Ultimatum erpressen wollten, als das Zuwanderungsgesetz kurz vor der Abstimmung stand, gehörten alle – die ganz Orthodoxen, die Nationalisten, die Kemalisten. Alle diese Funktionäre standen vor dem Kanzleramt, und dabei ging es um eine Winzigkeit: dass Mädchen und Jungen, die hierher geholt werden zwecks Verheiratung – andere Zuwanderung gibt es ja eigentlich nicht – erwachsen sein müssen. Ich hätte die Altersgrenze gerne bei 22 Jahren gesehen, denn da hätten etliche dieser Frauen einen Beruf gehabt und damit ein bisschen mehr Freiheit. Gut, es hat nicht geklappt, aber so muss man unsere Einwanderungsbestimmungen endlich gestalten. Es wird immer wieder behauptet, wir seien ein Einwanderungsland. Die USA sind ein Einwanderungsland; dort gelten Quoten. Kanada ist ein Einwanderungsland, Australien ist es.

Wir sind keines, bei uns geschieht das einfach.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter: Sagen Sie noch was zur Sozialhilfe?

Regina Mönch: Naja, wovon sollen sie denn leben? Wollen Sie, dass hier amerikanische Verhältnisse herrschen? Ich erinnere Sie nur, wie in diesem Land über Hartz IV gesprochen wird, als sei das der Abgrund, obwohl es in etwa der Sozialhilfe entspricht, die Millionen Menschen vorher auch bekommen haben. Ich wüsste auch nicht, ob ich damit leben könnte, dass Menschen außerhalb der Wohlfahrt überleben müssten, auf der Straße. Es wäre schon viel gewonnen, wenn sich deutsche Politiker und andere öffentliche Redner diesen Satz abgewöhnen würden: „Wir müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie Deutschland...“ Wir müssen gar nicht! Wir sind eine Gesellschaft von Individuen. Wir haben Schulen, die jedem offenstehen, in die jeder von der ersten Klasse bis zum Abitur durchstarten kann. Armut ist nicht unbedingt ein Hindernis, dass er zum Abitur kommt. Gucken Sie sich die erste Generation Gastarbeiter und deren Kinder an. Dort sind die meisten Akademiker zu

finden, nicht übermäßig viele, aber erstaunlich viele. Necla Kelek hat es geschafft. Kelek hat es kürzlich auf der Islam-Konferenz einmal sehr deutlich gesagt: Wir sind es ohne Integrationskurse geworden. Wir sind es entweder gegen unsere Eltern geworden oder mit unseren Eltern. Dann haben uns eben die Lehrer noch geholfen. Es geht. Man muss diese Umarmung, die schon fast ein Korsett ist, aufbrechen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter: Ich sage jetzt etwas, was mir am Herzen liegt. Ich will auf Ihre Intervention hin schon darauf aufmerksam machen, dass wir ein Rechtsstaat sind und dass auch diejenigen, die sich am Recht vergehen, Anspruch haben, nach den Gesetzen dieses Landes behandelt und auch bestraft zu werden. Diese Attitüde, „raus mit denen und nicht die Gefängnisplätze bezahlen“ da muss ich auf die Hygiene dieses Gesprächs abzielend bitten, sich etwas leiser auszudrücken, um es zurückhaltend zu formulieren.

Fragestellerin: Mir tun die Lehrer in den Schulen leid, die Sie angesprochen haben, die wahrhaft unglaubliche Arbeit leisten, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. Ich

habe selbst eine Tochter, die Lehrerin ist, und sie hat ähnliche Probleme, allerdings nicht in Berlin. Deshalb mein Appell: Bitte schön, wir denken alle nach, obwohl das vielleicht politisch augenblicklich noch nicht „in“ ist, wie wir es ändern können. Es gab vor Jahren einen Vortrag eines Bevölkerungswissenschaftlers in der Siemens-Stiftung, der gesagt hat: Bei diesen Kinderraten – Sie haben von 15 Kindern gesprochen – im Vergleich zur deutschen Bevölkerung dauert es nur ein- bis zweihundert Jahre, bis die deutsche Bevölkerung ihre Identität verloren hat. Ich will das nur andeuten, ich kann das nicht nachprüfen.

Fragestellerin: Ich denke, ganz wichtig ist, und das hat Frau Mönch ganz toll und klar und emotional dargelegt: Wir müssen nach Lösungen suchen. Jeder, der Gewalt anwendet, ist irgendwie unsicher, hat mangelndes Selbstbewusstsein, ein mangelndes Selbstwertgefühl, und das sind Hilfeschreie. Gewalt ist immer ein Hilfeschrei. Solche Menschen brauchen – glaube ich – vielfach Hilfe, und da würde ich ansetzen. Ich denke, es dürfte nicht zugelassen werden, dass Eltern als Analphabeten hier herkommen. Man müsste gleich von Anfang an dafür sorgen, dass sie

mit den Kindern die Sprache lernen, auch in die Bildung involviert werden. Dazu würde ich jetzt gerne Ihre Lösungsansätze wissen, was Sie darüber denken, denn Sie haben sich bestimmt schon einige Gedanken darüber gemacht.

Fragesteller: Ich bin Handwerksmeister und bilde seit 1972 junge Türken aus. Mit der ersten und der zweiten Generation hatte ich keine Probleme. Warum habe ich jetzt mit der dritten Generation ein Problem? Das ist kein Problem, das ist eine Katastrophe, was wir zurzeit mitmachen. Ich kümmere mich auch um Arbeitsplätze, um Ausbildungsplätze für türkische oder für russlanddeutsche Jugendliche. Zu deutschen Betrieben brauche ich mit diesen Leuten gar nicht zu kommen, weil sie so sind. Warum sind sie so? Sind sie türkisch, sind sie deutsch? Sind sie heiß, sind sie kalt? Sie sind nämlich nichts mehr. Das ist unser Problem. Diese Buben wissen nicht mehr, wo sie hingehören. Dann gibt es eben diese Konfrontationen. Ich hatte diesen Winter einen Auftrag im LKA, hier in München. Ich ging mit drei Auszubildenden an die Pforte. Sie mussten ihre Ausweise abgeben. Wer durfte rein? Ich alleine. Diese Jungs mussten dann vier Wochen alleine zu Hause bleiben.

Regina Mönch: Es stimmt, mir tun die Lehrer auch manchmal leid. Aber ehrlich gesagt: Seit ich diese Pädagogen kenne, langweile ich mich in den Gymnasien der bürgerlichen Vororte, oder wenn der Gewerkschaftsvorsitzende sagt: Ach, diese Wohlstandsverwahrlosung und wir sind am Ende und wir sind alle über fünfzig. Ich höre mir das an und denke: Mein Gott, der hat Probleme! Der sollte mal vier Monate in Neukölln arbeiten, dann weiß er, was ein richtiger Pädagoge ist, oder er geht unter. Ich will damit nur sagen, man darf sie nicht nur bedauern.

Es sind zum Teil – zum Teil – großartige Pädagogen. Das sind eigentlich die wahren Lehrer. Ich nenne das immer das Camus-Prinzip. Es gibt ein wunderbares Buch von Albert Camus, in dem er erzählt, wie sein Lehrer war: Monsieur Gerard. Camus' Mutter war Analphabetin, seine Großmutter war Analphabetin, sein Vater ist in der ersten Marneschlacht gefallen. Also, schlechteste Bedingungen. Algier, Armutsviertel. Und der Lehrer entdeckt diesen Jungen und noch vier andere. Er geht nach Hause zur Großmutter und weiß, die muss er rumkriegen, damit der Junge aufs Lyzeum darf. Er sagt: Ich mache sie fit, ich mache das. Die Großmutter rechnet, rechnet, rechnet, was das

alles in Löhnen heißt, die der Junge nun nicht nach Hause bringt, weil er nicht arbeiten gehen wird, sondern eventuell zur Schule. Er sagt: Der kriegt ein Stipendium, ich kämpfe dafür. Und er bringt es fertig, dass fünf dieser Jungen aus analphabetischen Elternhäusern am Lyzeum landen. Ich will nur sagen. Es geht. Ich habe keine Lösungen, aber allein, dass Lehrer an ihre Mission glauben, dass sie das können, dafür brauchen sie Anerkennung, und sie brauchen wache Schulbehörden, die Übergriffe von Rüpeln und von Schlägern ahnden. Man müsste zum Beispiel auch darüber nachdenken, ob man in problematischen Vierteln, an problematischen Schulen, jugendliche Straftäter, die nicht in Haft sind, dort lässt, weil die Lehrer auch noch dieses Problem, unter so vielen Problemen, mitlösen müssen. Das hielte ich zum Beispiel für bedenkenswert.

Zur Identität der deutschen Bevölkerung: Wir sollten uns fragen, wer wir sind. Was ist unverzichtbar, was ist nicht verhandelbar? Ich finde nicht, dass in der Islam-Konferenz über einen Wertekonsens verhandelt werden darf. Dass diese Leute sagen: Also, bis zum Grundgesetz gehen wir, aber alles, was darüber hinausgeht – also das, woraus das Grundgesetz hervorgegangen ist –, darüber wollen

wir verhandeln und da wollen wir dieses und jenes wegstreichen. Da sind wir auch mit Sicherheit mit ganz vielen Muslimen sofort eins, und wir schützen sie auch, wenn wir einmal klären, was zur Disposition steht und was nicht zur Disposition steht. Zu Ihnen, zum Handwerksmeister: Das kenne ich auch. Die einen sagen, das ist immer so in Einwanderungsgesellschaften, und da haben wir bestimmte Module, die es in allen klassischen Einwanderungsgesellschaften gibt, die sozusagen Brückenfunktion haben, aber das gibt es bei uns alles nicht. Es gibt nur Entweder – Oder. Entweder Parallelgesellschaft oder man hat es geschafft. Das ist die dritte Generation – ich habe das schon in der zweiten beobachtet. Das hat mit dem Familienzug zu tun. Alle, die ich gefragt habe, wie sie es denn geschafft haben – Wie bist du denn Doktor der Soziologie oder der Chemie geworden? Wie hast du denn die Klinikleitung errungen? Wer hat dir das beigebracht, dass du das schaffst und die anderen alle nicht? Die sagen dann immer: Wir waren so zehn, zwölf Türken in der Klasse, und wir hatten deutsche Freunde. Die Mädchen trugen noch kein Kopftuch. Da hat sich etwas verändert. Jetzt haben wir einfach manchmal ganze

Dörfer, die dicht beieinander wohnen. Und sie haben ihre eigene ländliche, sehr traditionelle Kultur mit nach Berlin gebracht. Wenn wir nicht sagen, ihr könnt da auch raus, wenn ihr wollt, einfach diese Signale auch aussenden, dann wird das immer so bleiben. Ich denke auch, dass es an den Großfamilien mit liegt. Und an der lange geduldeten Deutschsprachlosigkeit.

Fragesteller: Ich glaube, Eibl-Eibesfeldt hat vor gut 30 Jahren geschrieben, dass Integration dann scheitert, wenn der Anteil der Migranten auch lokal betrachtet etwa 10 % der Stammbevölkerung, überschreitet. Das ist ein Punkt. Der andere Punkt, und der liegt mir sehr am Herzen: Das, was Sie heute hier ausgeführt haben, Sie haben es bloß nicht so deutlich gesagt, ist, dass offensichtlich wohl über mehrere Jahrzehnte die politischen Parteien hier in der Bundesrepublik auf diesem, unser aller Zukunft betreffenden Gebiet versagt haben. Und aus meiner Sicht deshalb, weil es niemanden gab, der auch nur einigermaßen mit der Deutlichkeit, die Sie heute erkennen ließen, die Probleme angesprochen hat. Bekannt sind sie schon lange. Und jetzt sage ich bloß noch ganz zum Schluss: Ich hatte auch schon ab

und zu die Gelegenheit, mit gebildeten Muslimen zu sprechen, und da höre ich dann in etwa solche Sätze: Warum wundert ihr euch darüber, dass es so ist, wie es ist? Welche Werte hat denn diese eure Gesellschaft? Welche strikten Regeln gelten? Welche Gesetze gelten, wie werden sie angewandt? – und dergleichen. Woran soll sich eine junge Generation, woran sollen sich Heranwachsende orientieren? Ich glaube, da haben wir sehr viele Fehler gemacht, und es ist höchste Zeit, dass wir probieren, das zu ändern.

Fragesteller: Die Wahrheit schmerzt, das habe ich eben erfahren. Sie haben ja viele Punkte erwähnt, wo ich sage, eigentlich hat sie recht. Zwischendrin war ich wütend. Aber Sie haben ganz am Anfang gesagt, es gibt viele Migrantenkinder, die es geschafft haben, die ihre Eltern zu vernünftigen Bürgern erzogen haben. Das habe ich mir gemerkt. Am Ende Ihre Forderung, mit der ich mich total identifizieren kann: Schulpflicht durchsetzen und andere sozial-pädagogische Konzepte einführen, aber ergänzend, zu dem, was wir heute schon haben – und dann Erziehungsmethoden, die mit Gewalt zu tun haben, verbieten. Da gibt es ja auch schon Gesetze, da muss man

natürlich knallhart eingreifen. Und dann natürlich, das Identitätsproblem lösen. Ich kann mich damit total gut identifizieren.

Zwischendrin war ich hoffnungslos, aber ich bin jemand, der von Natur aus optimistisch ist, der immer hofft. Dann habe ich gedacht: Wieso bin ich eigentlich hoffnungslos? Hier stehe ich. Wenn jemand hoffnungslos geworden ist dadurch, dass solche Probleme existieren, dann schauen Sie mich an. Ich komme nämlich aus der Türkei, bin seit 1993 deutscher Staatsbürger, und ich kann, ohne zu zweifeln, sagen, dass ich 100 % Deutscher bin, und ich habe keine Identitätsprobleme. Vielleicht stelle ich das neue Deutschlandbild der Zukunft dar. Vielleicht sieht ja Deutschland irgendwann mal ganz anders aus. Nicht so, wie Sie das beschrieben haben. So möchte ich Deutschland auch nicht sehen. Deswegen, zu Ihrem Vorschlag, Allianz mit säkularen Muslimen einzugehen: Ich stehe hier – wir können hinterher nach der Veranstaltung zusammentreffen – ich gebe Ihnen meine Visitenkarte – und dann können wir damit anfangen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter: Frau Mönch, was sagen Sie zu dem Angebot?

Regina Mönch: Gut. Wenn ich Herrn Kizilkaya, Herrn Mayzek, Herrn Ayyub Köhler und andere sehe, denke ich: Sie sollten das Bild von Deutschland in der Zukunft nicht bestimmen, etwa dass wir jetzt Vorhänge zwischen Mädchen und Jungen in der Turnhalle ziehen, damit die Sittlichkeit gewahrt wird. Sie lassen aber zu, dass die Mädchen verkauft werden; lassen zu, dass die Kinder geprügelt werden. Ich dachte, jetzt muss man mal überlegen, wie man das anders machen könnte. Ich will nicht, dass die Stimmung im Land ins Negative umkippt. Also sollten sich Verbündete zusammentreffen, für öffentliche Diskussionen zum Beispiel. Man kann sich unendlich viele Sachen ausdenken, aber vor allem will ich, dass irgendwann das Signal da ist: Nicht Herr Kizilkaya, nicht Herr Mayzek, nicht diese Leute vom Koordinationsrat der Muslime sollen das Sagen haben. Es muss eine Gegenstimme geben. Ich weiß nicht, wer hier Katholik ist oder Protestant, Atheist, jüdischer Religion, Buddhist. Wir fragen uns das doch normalerweise nicht – und deshalb will ich mich mit den säkularen Muslimen verbünden. Ich denke, wir leben in einem säkularen Staat, der auf Individuen ausgerichtet ist, und wir haben ein und denselben Freiheitsbegriff.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Vielen Dank, meine Damen und Herren, wir sind fast am Ende. Ich habe drei Punkte, die ich Ihnen noch gerne mit auf den Weg gäbe, neben dem herzlichen Dank für ein offenes Wort, das in der Zielrichtung weniger radikal war als in der Analyse, was ich für sehr wichtig halte.

Erster Punkt: Kulturen müssen zusammenleben können, und sie müssen auch zusammenleben können auf dem Boden eines Staatsgebietes. Aber es muss für dieses Zusammenleben konsentierte Regelungen geben, Normen, die eingehalten werden und die sich auf das beziehen, was geltendes Recht und geltende Orientierungspunkte dieses Gemeinwesens sind. Aber wie kann man sich vor Zumutungen schützen? Erstens durch das Recht. Zweitens aber durch eigene Überzeugung. Und wenn diese eigene Überzeugung nicht mehr trägt, dann wird das Instrument des Rechts auch hohl, weil man das Recht dann nicht anwendet, wenn die eigene Überzeugung es nicht mehr unterstützt. Wir haben ein wunderbares axiales Prinzip in diesem Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Wenn Sie das operational übersetzen wollen, dann hat die Rechtswissenschaft dafür bisher keine bes-

sere Formel gefunden als die, dass der Mensch nicht zum Objekt herabgewürdigt werden kann. Das verbietet zum Beispiel das Verkaufen oder das Verkuppeln von jungen Mädchen gegen ihren Willen. So voraussetzungslos sind wir also nicht. Die Frage ist nur, wie stark sind wir, um bei unseren Voraussetzungen zu bleiben?

Der zweite Punkt: Man muss dem ins Auge sehen, was ist. Man muss das, was ist, auch analysieren. Man darf es nicht schönreden. Das war ja auch die Motivation, sich diesem Thema zuzuwenden. Im Rahmen einer wertgebundenen Ordnung, als die wir uns bei der Verfassungsgebung und durch die ersten Urteile des Bundesverfassungsgerichts definiert haben, besitzen der Staat und seine Amtsinhaber zu allererst die Pflicht, für die Realisierung dieser Wertbindung einzutreten. Das verbindet sich mit den Amtspflichten, wenn der Begriff „Amt“ noch eine Bedeutung hat. Da ist es schon fragwürdig, wenn zum Beispiel Senatorinnen einen Diener des Rechts von seinen Diensten abziehen, weil dessen Bestandsaufnahme politisch inopportun zu sein scheint. Da würde ich sagen, verletzt jemand seinen Amtseid, Schaden vom Volke zu wenden. Ich will es eigentlich gar nicht so hochtrabend sagen. Aber

eine wertgebundene Ordnung hat keinen Sinn, wenn die, die in ihrem Dienst stehen, sie nicht realisieren wollen.

Der dritte Punkt ist natürlich der: Was tun? Da haben wir einiges von Frau Mönch gehört, auch wenn sie zu Recht gesagt hat, dass es keine Patentrezepte gibt. Aber die nüchternen Analyse ist das Erste, was man tun kann. Dann auf die Gutwilligen zugehen, mit den Säkularen in die Diskussion eintreten, die öffentliche Debatte führen, die Sozialtherapie so umfassend und so modern wie möglich anwenden und mit den Verbänden zu reden, das ist doch schon ein ziemlich umfassender Katalog. Das ist viel mehr als nichts, meine Damen und Herren.

Damit niemand auf die Idee kommt, hier sei nur ein Zustand gegeißelt worden hier sind auch Wege aufgezeigt worden! Wenn Frau Mönch so sympathisch sagt, sie könne die Probleme nicht richten, sie könne auch nicht alles erklären und sie könne auch keine Patentrezepte aufweisen, so hat sie doch Analysewege gezeigt, die gangbar sind. Wir betreiben in unserer Akademie zum Beispiel Fortbildung für Imame. Wir wissen noch nicht genau, ob das funktioniert, wie es funktioniert. Wir haben eine Veranstaltung gehabt, von der ich weiß,

dass sie eher mehr Probleme aufgeworfen als gelöst hat. Aber wir sind der festen Überzeugung, dass wir dieses Experiment, im Sinne politischer Bildung mit Imamen zu arbeiten, fortsetzen wollen. Wir lassen uns da nicht entmutigen. Wir beschäftigen uns mit dem Islam, wir haben Kontakt zu Necla Kelek, mit der ich demnächst im Rahmen der Europäischen Wochen eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Politik aus dem Glauben“ unter Beteiligung von Bernhard Vogel, Günther Beckstein und Hans Joas leite.

Wir beteiligen uns an der Entwicklung eines Fragenkatalogs staatsbürgerlicher Bildung für Einwanderer. Das ist ein nicht einfaches Gewerbe, denn ich darf ja einen, der einwandern will, nicht so fragen, dass auch ein deutscher Professor die Frage nicht beantworten könnte. Solche realistischen Fragestellungen zu finden, ist nicht ganz einfach, aber meine Leute haben das, glaube ich, ganz gut hinbekommen. Ich will damit nur sagen: Es hat keinen Sinn, bei dieser Frage, die wir heute behandelt haben, nur akademisch zu bleiben. Sondern: Das Akademische ist die Analyse, ist der Hintergrund, auf dem sie stattfindet. Das Akademische ist sicher auch die Erinnerung daran, dass wir die eigenen Gesetze und

Prinzipien in der Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen nicht verraten dürfen. Jetzt bin ich ganz provokativ: Ich habe kein Verständnis für Menschen, die sagen, wir dürfen in der Türkei keine Kirchen bauen, deswegen dürfen die auch bei uns keine Moscheen bauen. Meine Damen und Herren, ich lasse mir meine Philosophie von der Aufklärung vorschreiben und nicht aus Anatolien. Wer dieses dümmliche Gegenleistungsargument gebraucht, der soll sich lieber nicht kritisch auseinandersetzen mit Vertretern anderer Kulturen und anderer Religionsgemeinschaften. Die Menschenwürde gilt für alle. Ich habe das deutlich gesagt.

Ich glaube die Probleme sind hinlänglich klar und wir haben unsere Zeit auch hinlänglich überzogen, das spricht für die Referentin und für den Diskurs. Herzlichen Dank noch mal an Sie, herzlichen Dank für weiterführende und auch für polemische Fragenstellungen.

